Sitzungsvorlage Anfrage

Nr.: 2014/778

Anfrage der SOLI-Fraktion im Kreistag vom 05.06.2014: Warum wurde im Auftrag des Landkreises Dipel ES gegen Eichenprozessionsspinner versprüht, nachdem diese die schädlichen Härchen schon gebildet hatten?

Kreistag	23.06.2014	TOP
----------	------------	-----

Eingang per E-Mail am 05.06.2014

Sozial-Oekologische-Liste Wendland (SOLI) im Kreistag 4.6.14

An Landrat J.Schulz

Hiermit stellen wir für die kommende Kreistagssitzung folgende **Anfrage**:

Warum wurde im Auftrag des Landkreises Dipel ES gegen Eichenprozessionsspinner versprüht, nachdem diese die schädlichen Härchen schon gebildet hatten?

Von einem Privatkunden aus Pisselberg erfuhren wir, dass die Firma Lachmann aus Lüchow in Penkefitz am 2.6. im Auftrag des Landkreises Dipel ES gesprüht hat. Ebenso sprühte ein Fahrzeug am 4.6. an der von FahrradfahrerInnen viel genutzten K 13. Dies, obwohl alle Raupen bereits seit mehr als einer Woche Brennhaare ausgebildet haben. Dieser Umstand hat verschiedene Konsequenzen.

Erstens: Die Raupen sterben nach und nach, teils im Nest, teils im Laub. Durch den Wind werden sie im Laufe der nächsten Wochen in die privaten Gärten und auf die öffentlichen Gemeindeflächen und Straßen purzeln, wo sich die Menschen nun im guten Glauben unbesorgt aufhalten, dass ja etwas zur Bekämpfung der Raupen unternommen worden ist. Die Folgen sind unabsehbar.

Zweitens: Für die Firmen, die Raupennester absaugen, bedeutet diese Praxis, dass sich die toten Raupen in den Tagen nach dem Spritzen im gesamten Baum befinden und nicht konzentriert im Nest, wie sonst. Dadurch ist ein nachträgliches Absaugen drastisch erschwert bzw. verunmöglicht.

Gespritzt werden darf grundsätzlich nur, bevor die Raupen Brennhaare entwickelt haben!

Wir fragen:

- 1) Wo und wann wurde im Auftrag des Landkreises gegen EPS gesprüht?
- 2) Ist der Verwaltung bekannt, dass der EPS Anfang Juni schon seine Härchen ausgebildet hatte?
- 3) Wenn ja, warum wurde dann noch gesprüht?
- 4) Warum wurde überhaupt so spät gesprüht?
- 5) Wie werden BürgerInnen durch die Sprühfirmen informiert?
- 6) Welche Absprachen gab es mit den Samtgemeinden?
- 7) Wie wurden private Aufträge einbezogen und abgewickelt?
- 8) Durch welche naturschutzfachlich kompetenten Institutionen bzw. Personen lässt sich der Landkreis diesbezüglich beraten?
- 9) Wurden die Naturschutzbeauftragten hinzugezogen?

Kurt Herzog

Stellungnahme der Verwaltung:

Antworten des Fachdienstes Kreisstraßen und Wasserwirtschaft

1. In der Zeit vom 22. April 2014 bis zum 4. Juni 2014 wurden Bekämpfungsmaßnahmen an den Kreisstraßen 1,13,15,20,30 und 39 durchgeführt. Dabei wurden 2.529 Bäume mit DIPEL ES behandelt. In der Samtgemeinde Gartow sind 1.593 gemeindliche Bäume und 866 private Bäume behandelt worden. In der Samtgemeinde Lüchow (Wendland) wurden insgesamt 2.786 Bäume und in der Samtgemeinde Elbtalau 5.370 Bäume besprüht.
 2. Der Entwicklungszyklus des EichenprozeSSIONSSPINNERS (EPS) ist der Verwaltung selbstverständlich bekannt. Der Einsatz von DIPEL ES erfolgte um den EPS zu vernichten.
 3. Die späte Behandlung ergab sich durch den gemeinsam mit den Samtgemeinden ausgeschriebenen Umfang der Maßnahmen und wurde gemäß Auftrag von der Firma abgearbeitet.
 4. Die EPS-Bekämpfung auf der K 13 am 2. und 4. Juni 2014 konnte erst zu dieser Zeit erfolgen, weil die Firma im Mai in den Samtgemeinden gearbeitet hat.
 5. Alle Privatpersonen, die Bäume zur Behandlung angemeldet haben, wurden vorab telefonisch durch die Samtgemeindeverwaltungen über den Maßnahmenzeitraum informiert. Eine gesonderte Information durch die Sprühfirma hat es nicht gegeben.
 6. Die gemeinsame Ausschreibung mit den Samtgemeinden wurde im Vorfeld detailliert abgestimmt und sah zunächst lokal eine gemeinsame Aktion vor, die jedoch aufgrund der sehr unterschiedlichen Entwicklung der Eichen nicht erfolgen konnte. Stattdessen wurden die Bekämpfungsmaßnahmen angepasst an die Laubausbildung zeitlich versetzt durchgeführt.
 7. Neben den angemeldeten privaten Aufträgen konnten sich Eigentümer auch noch während der laufenden Bekämpfungsmaßnahmen einklinken. Die Abwicklung koordiniert die jeweilige Samtgemeinde.
 8. Eine naturschutzfachliche Beratung erfolgt in dem erforderlichen Umfang im Dezernat III.
 9. Die Naturschutzbeauftragten sind nicht beteiligt worden.
-